

Konferenzberichte

Bericht über die 2.wissenschaftliche Konferenz der Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V., Evangelische Akademie Loccum, 6.-8.10.1989

Mit dem Thema dieser 2.Jahrestagung der 1988 gegründeten Vereinigung wurde ein Bereich der japanischen Gesellschaft angesprochen, der bislang mit wenigen Ausnahmen in der hiesigen Auseinandersetzung mit der modernen japanischen Gesellschaft unberücksichtigt geblieben war.

Um diesem Defizit zu begegnen und um angesichts weit verbreiteter Schlagworte wie z.B. "social dumping" Anstöße zu einem differenzierten Verständnis der sozialpolitischen Situation Japans, dessen Bewohner nicht selten als "economic animals" bezeichnet werden, zu geben, wurden auf der von Dr.Gesine Foljanty-Jost (Berlin) und Dr.Anna Maria Thränhardt (Münster) vorbereiteten Tagung zwei in das Thema einführende Referate, die einen Überblick und Problematisierungen boten, gehalten. Außerdem wurden vier Arbeitsgruppen durchgeführt, die der Diskussion über Teilaspekte von Sozialpolitik dienen sollten.

Dr.Anna Maria Thränhardt (Münster) gab zu Beginn einen Überblick über "Historische und konzeptionelle Grundlagen japanischer Sozialpolitik". Sie stellte die komplexe Struktur des gegenwärtigen Systems dar, die aus der historischen Entwicklung seit der Meiji-Zeit zu erklären sei. Die hierauf zurückgehende Fragmentierung führe zu großen Disparitäten im gegenwärtigen System. Die Praxis betrieblicher Wohlfahrtssysteme z.B. bevorzuge die Angehörigen großer Unternehmen. So reproduziere das sozialpolitische System gerade die Ungleichheiten der dualen Wirtschaftsstruktur, anstatt kompensatorisch wirksam zu werden. Für die 3.Periode ab 1973 hob die Referentin den Übergang zum Konzept einer "Wohlfahrtsgesellschaft japanischen Typs" hervor, dessen Zielsetzungen in "Selbsthilfe des Individuums", "Solidarität der Familie" und "sozialpolitischer Schwerpunktsetzung durch die Regierung" bestehen. U.a. werde die Rückbesinnung auf die Tradition, z.B. die Beibehaltung der Institution ehrenamtlicher Wohlfahrtspfleger, in diesem Konzept der auf den Sozialstaat westlicher Prägung zurückgehenden "Krankheit" der westlichen Industrienationen gegenübergestellt.

Sozialpolitik ist in Japan weitgehend Altenpolitik. Von dieser These ausgehend untersuchte Dr.Ingrid Kargl-Getreuer (Wien) anhand unterschiedlicher Profile der derzeitigen und der künftigen Alten, der demographischen und der budgetären Dimension die diversen Voraussetzungen gegenwärtiger und künftiger Sozialpolitik. Als zentrale Problemkreise wurden die Bereiche Arbeitsmarktpolitik, Einkommenssicherung und Pensionen (Sozialpolitik für alte Menschen), medizinische Versorgung und Krankenversicherung sowie soziale Dienste und Pflege dargestellt. Fazit hier: Die Alterung stehe im Mittelpunkt der staatlichen Sozialpolitik; der Ausbau des Systems sei inzwischen als gut zu bezeichnen, der Leistungsumfang dagegen als niedrig. Die Regierung gehe offenbar davon aus, daß sich alle Bürger private Dienste leisten könnten, wobei aber insbesondere die Gruppe der alten Frauen herausfalle. Perspektivisch würden die staatlichen Leistungen insgesamt auf grundlegende reduziert, die Bevölkerung identifiziere sich kaum mit den Alten, sondern mit den jungen, aktiven Berufstätigen. "Lebensinhalt" werde zum Hauptproblem der Alterung in der Gesellschaft.

In der 1.Arbeitsgruppe zum Aspekt "Betriebliche Sozialpolitik" hob Dr.Britte Kubota-Müller (Frankfurt) insbesondere hervor, daß in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts betriebliche Sozialpolitik die staatliche weitgehend ersetzte. Dies lag auch im Interesse der Unternehmer, die den Staat aus sogenannten "Betriebsangelegenheiten" soweit wie möglich heraushalten wollten. Demgegenüber setzte nach 1945 ein Funktionswandel ein: die betriebliche Sozialpolitik übernahm nunmehr eher eine staatliche Sozialprogramme ergänzende Funktion.

"Die Rolle nichtstaatlicher Organisationen in der Sozialpolitik" war das Thema der 2.Arbeitsgruppe, für die Dr.Thränhardt den einleitenden Beitrag vorbereitet hatte. Als zentral wurde die Rolle der ehrenamtlichen Wohlfahrtspfleger (minsei-iin), der Freiwilligenaktivitäten (volunteer-katsudo) sowie der Nachbarschaftsvereinigungen (chonaikai) herausgestellt - allesamt nicht vergleichbar den ungleich stärker koordinierten Wohlfahrtsverbänden in der Bundesrepublik Deutschland. Neben diesem Punkt konzentrierte sich die Diskussion auf Fragen nach den ideellen Grundlagen nichtstaatlicher Sozialpolitik, dem religiösen Ursprung von Wohlfahrt in Japan sowie der Eingliederung verschiedener Randgruppen, insbesondere Jugendlicher, in das "System" nichtstaatlicher Wohlfahrt.

Die 3.Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit "Sozialpolitischen Vorschlägen der japanischen Gewerkschaften" und wurde von Dr.Wolfgang Seifert (Berlin) eingeleitet. Er betonte, daß nach 1945 nicht die legalisierten Gewerkschaften sozialpolitische Ideen und Forderungen vortrugen, sondern das General Head Quarter der Besatzungsstreitkräfte die treibende Kraft bei der Sozialgesetzgebung war. Dem begrenzten gewerkschaftlichen Erfolg bei der Durchsetzung des Mindestlohnsystems stehe gegenüber, daß die innerbetriebliche Krankenversicherung von Unternehmenseite zunehmend zur zwischenbetrieblichen Differenzierung ihrer Sozialleistungen genutzt werden konnte. Die Diskussion drehte sich anschließend stark um den gesellschaftlichen Hintergrund verbalradikaler gewerkschaftlicher Forderungen in Japan, ein Trend, der in sozialpolitischen Forderungen von heute jedoch kaum mehr festzustellen sei.

Prof.Sepp Linhart (Wien) referierte einleitend über "Staatliche Alterspolitik", den Aspekt, den zu untersuchen sich die 4.Arbeitsgruppe vorgenommen hatte. Er stellte der zuvor wiederholt geäußerten Einschätzung des japanischen Sozialstaatsmodells als "billigem" Abklatsch die Gegenthese einer eigenständigen und humanen Alternative in der Altenpolitik entgegen: besonders die Möglichkeit des Zusammenlebens von älterer und jüngerer Generation und die Möglichkeit der Weiterarbeit auch im Hinblick auf den Lebensinhalt älterer Menschen. Hierzu wurde in der Diskussion einerseits die Lebensorientierung durch Hobbies und Vereine in Europa, andererseits die Bedeutung der staatlich geförderten Seniorenbildung in Japan erörtert. Ebenso wie in anderen Arbeitsgruppen wurde der Ursprung der ethischen Verpflichtung zur Versorgung der Alten (Stichwort Konfuzianismus) zur Sprache gebracht.

In der Abschlusßdiskussion wurde bedauert, daß der Bereich der Arbeitslosenversicherung auf der Tagung so gut wie gar nicht behandelt wurde. Insgesamt zeigten die zahlreichen Diskussionsbeiträge von 60 interessierten Mitgliedern und Nichtmitgliedern, daß die Vereinigung auch bei einem sektoral eingegrenzten Thema wie dem der diesjährigen Konferenz mit starkem Interesse rechnen

kann. In diesem Punkt ergab die Diskussion gleichwohl, daß für 1990 wiederum ein möglichst viele Sektoren der japanischen Gesellschaft gleichermaßen umgreifendes Thema gewählt werden sollte.

Anzumerken ist noch, daß sich im Rahmen der Jahrestagung Fachgruppen treffen sollten, um einerseits Forschungsergebnisse thesenartig vorzustellen und andererseits über Möglichkeiten von jeweiligen workshops etc. zwischen den Jahrestagungen zu sprechen. Dies gelang einigermaßen im Fall der Schwerpunkte "Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gewerkschaften" sowie "Erziehung, Bildung, Familie", während es bei "Politik" und "Religion" noch Anlaufschwierigkeiten gab. Die Festigung dieser fachspezifisch orientierten Kommunikationszusammenhänge innerhalb der Vereinigung u.a. durch die Bestimmung von koordinierenden Fachgruppenverantwortlichen wurde als wichtige Aufgabe für die kommende Zeit gesehen. Neben der Beschäftigung mit einem gemeinsam interessierenden Thema müsse auch das Bedürfnis nach spezialisiertem Austausch auf der Jahrestagung befriedigt werden.

Wolfgang Seifert, Berlin

Symposium zur Religionsethnologie, Johannes-Gutenberg-Universität, Mainz, Juni 1989

Am Institut für Ethnologie und Afrika-Studien, Mainz, fand im Juni 1989 ein von der VW-Stiftung gefördertes Symposium zum Thema Religionsethnologie statt. Ziel dieses Symposiums war es, eine Bestandsaufnahme der älteren und neueren religionsethnologischen Forschung zu geben. Neben deutschen Ethnologen und Religionswissenschaftlern nahmen an der Tagung auch Wissenschaftler aus England, Frankreich und den Vereinigten Staaten teil.

Die Beschäftigung mit den religiösen Weltansichten einzelner ethnischer Gruppen war seit jeher eine klassische Domäne der Völkerkunde. Sie hat zur Herausbildung einer eigenen Subdisziplin des Faches geführt: der Religionsethnologie. Gerade in Deutschland kann dieser Wissenschaftszweig auf eine lange Tradition zurückblicken. Namhafte Völkerkundler wie Konrad Theodor Preuß, Leo Frobenius, Pater Wilhelm Schmidt, Adolf E. Jensen oder Hermann Baumann haben einen Großteil ihres wissenschaftlichen Werks der Frage nach dem Ursprung, der Verbreitung und der Klassifikation "primitiver Religionen" gewidmet. Solche Formen der Fragestellung sind in der modernen Ethnologie jedoch obsolet geworden. Genauso wie man nicht mehr von "Naturvölkern" oder gar "primitiven Gesellschaften" zu reden gewillt ist, nimmt man heute auch von der Verwendung der Begriffe "Naturreligion" oder "primitive Religion" nach Möglichkeit Abstand. Neuere empirische Untersuchungen haben gezeigt, daß jene indigenen religiösen Weltanschauungen weder besonders "ursprünglich" noch "roh" oder "einfach" sind.

Bei den Vorträgen und Diskussionen ergab sich bald, daß es mittlerweile weit mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede zwischen den theoretischen und methodischen Ansätzen der Religionsethnologie in den verschiedenen Ländern gibt. Ähnliches gilt auch für die thematischen Fragestellungen, mit denen die Vertreter dieses Wissenschaftszweigs sich heute vorrangig beschäftigen.